

Kabinettsprotokoll Nr. 40

vom 13. Februar 1919.

Anwesend:

Sämtliche Staatssekretäre, ausgenommen H a n u s c h. Dr. K a u p, Dr. L ö w e n f e l d - R u s s und Ing. Z e r d i k, ferner die Unterstaatssekretäre Dr. von G r i m m, M a r c k h l und R i e d l.

Zugezogen:

Vortragender Staatsrat Dr. von L i c h t, Sektionschef
im Staatsamt des Innern W e n e d i k t e r, vom Staatsamt der Finanzen Sektionschef Ritter
von M ü h l v e n z l, Ministerialrat Dr. Ritter von T h a a und Hofrat Dr. S c h w a r z w a l d.

Vorsitz: Staatssekretär Dr. U r b a n.

Dauer: 15.00 – 18.00.

Reinschrift (2 Seiten), Konzept, Anwesenheitsliste, stenographische Mitschrift

*Streng vertraulicher Anhang des KRP betr. währungspolitische Maßnahme der
Notenabstempelung (10 Seiten, mit Anmerkungen Staatskanzler Renners)*

*Konzept des streng vertraulichen Anhanges; Vertraulicher Anhang betr. Antrags des
Staatssekretärs für Gewerbe, Industrie und Handel, Kriegs- und Übergangswirtschaft auf
Verleihung des Titels eines Senatspräsidenten für die in den Ruhestand tretenden Räte des
Verwaltungsgerichtshofes Dr. Karl Schwarz und Dr. Josef Kunst*

Gegenstand: *Währungspolitik.*

In Angelegenheit der Durchführung einer etwaigen Abstempelung der Kronennoten als Abwehrmaßnahme gegen die von der tschechoslowakischen Regierung beabsichtigten finanzpolitischen Vorkehrungen entwickelte sich auf Grund von ausführlichen Referaten des Ministerialrates Dr. von T h a a und des Sektionschefs von M ü h l v e n z l eine eingehende Debatte, an der sich der Vorsitzende, die Staatssekretäre Dr. S t e i n w e n d e r und Dr.

B a u e r, ferner die Unterstaatssekretäre R i e d l und M a r c k h l sowie vortragender Staatsrat Dr. von L i c h t beteiligten.

Die Debatte wurde als streng vertraulich erklärt; über deren Gang wird ein Geheimprotokoll verfasst und in einer Ausfertigung in der Staatskanzlei hinterlegt.

[KBR 40, 13. Februar 1919, Stenogramm]

12. /II. 19

Deutschland.

1.) *Währung.*

2.) *Handel.*

3.) *Staatsfinanzen, Devisenentschädigung = Schuld.*

4.) *Wirtschaftspolit.[ische] Wünsche Wiens.*

5.) *Auswärtige Politik - Frieden, Tschechen.*

6.) *Rechtsangleichung, leichteste.*

7.) *Ernährungsfragen.*

Bairischer Handelskammertag zuhanden des Vorsitzenden Jos. Pschorr, München, im Namen und Auftrag des deutsch-österreichischen Staatsrates.

13. /II., 40 Sitzung.

Licht, Wenedikter, Thaa, Mühlwenzl.

Urban: Eröffnung: Fragen (noch Fragen der Umgestaltung der Devisenzentrale zu einer -).

Technische Durchführung der Abstimmung [-stempelung]: Steinwender; soweit sind wir noch nicht.

Thaa: Wir haben von vornherein die Abstempelung der Noten als eine äußerst bedenkliche Maßnahme aufgefaßt, die für alle Nationalstaaten die größte Gefahr mit sich bringen muß. Immer nur als Vorkehrungsmaßnahme. Das Interesse von Deutsch-Österreich wäre jede Separierung von den anderen Staaten zu vermeiden. ~~Notwendigerweise wäre mit der Scheidung der Kronenwährung große wirtschaftliche Nachteile verbunden.~~ Auch was die Zahlung anbelangt, ist die Gefahr groß, rechtliche Verbreiterungen zu besorgen. Auch die Gebarung der Staatsschuld sehr in Mitleidenschaft. Müßte ein Schlüssel erst aufgestellt werden für die Zahlung der Coupons. Gegenmaßnahmen, soweit sie möglich und notwendig sind, wurden getroffen.

Mitte Jänner [wurde die] öst.[erreichisch-ungarische] Bank zur Äußerung eingeladen. Gestern eine Besprechung über die Durchführung. Glaube, daß eine Lösung möglich ist, die wesentlich besser wäre als eine Abstempelung bei den einzelnen Ämtern.

Wir können das Notenmaterial, das die Bank in den Kassen hat und die in der Fabrikation befindliche Halbfabrikate mit einem Unterscheidungsstempel zu versehen, so daß die Aktion sich in einem formalen Umtausch vollziehen würde. Dadurch ein einfacher Umtausch und auch das Publ.[ikum] weniger in Mitleidenschaft.

Noten mit einseitigem Textdruck: Auch diese Frage zur Sprache gebracht. Die Durchführung dieser Form würde viel mehr Zeit in Anspruch nehmen. Große Vorräte fertig, dann [solche] in Bogen aber noch nicht zerschnitten, dann noch [solche] ohne Serien und Nummer bezeichnete ... Verzögerung mit ca. 4 Wochen.

Drei Wochen notwendig für den Umtausch von 4 Milliarden.

Ende der nächsten Woche dürfte es möglich sein, die Kassen zu dotieren, die zum Umtausch herangezogen werden, so daß am Beginn der zweitnächsten Woche mit dem Umtausch eingesetzt werden könnte.

Diese Abstempelungsmanipulation muß auf wenige Stellen beschränkt werden, welche unter Kontrolle der österreichisch-ungarischen Bank stehen, weil man sonst ein sehr langwieriges Zahlungsgeschäft herbeiführen würde.

~~Wenn dieser Modus angeordnet wird, werden wir möglichst rasch -~~

Schwieriger wird es sein, Bestimmung zu treffen, welche Ämter, Kassen, Institute mit der Umtauschaktion zu betrauen wären. Nebst Steuerämtern alle Postämter auf dem Land, ferner Banken mit ihren Filialen, Sparkassen und eventuell auch Kreditgenossenschaften.

Besonders wichtig wäre, die Bevölkerung aufzuklären, daß es in ihrem Interesse gelegen ist, die ~~Umtauschaktion~~ persönliche Abstempelung zu vermeiden und alles Geld in die Kreditinstitute zu bringen (Vermeidung des Anstellens).

Einhebung einer Gebühr (nach [...] der Tschechen) würde die Aktion sehr erschweren. Sie hätte gewiß eine Berechtigung, jedenfalls würde die Sache sehr verzögert werden. Vom Standpunkt einer raschen Durchführung der Aktion wird die Gebührenfreiheit vorzuziehen sein.

Steinwender: Unsere Währung wird schlechter sein wie die tschechoslowakische, weil sie Exportartikel haben. Die tschechoslowakischen und deutsch-österreichischen Noten werden geschützt, die anderen preis gegeben. Wir werden also nicht mit dem gleichen Erfolg vorgehen können wie die Tschechoslowakei.

Die Frage der Zahlung der Staatsschuldzinsen -

Völlige Unterbindung des Verkehrs (offener Briefverkehr ausgeschlossen, Postpaketverkehr, Güterverkehr -). Technisch läßt sich alles machen, jedoch soll man sich nicht übereilen, da zu große Gefahren vorhanden sind. Die Tschechen werden sich vielleicht auch noch die Sache überlegen. Über eine eigene Bank sprechen wir aber später. Jetzt handelt sich nur um die Art der Durchführung.

Mühlvenzl: Durchführung einer solchen Maßregel (Brief-, Postpaket-, Eisenbahnfrachten-, Reisenden- und Straßenverkehr). Jedes nach anderen Grundsätzen.

Briefverkehr: nur dann möglich, wenn Aufgabe von geschlossenen Briefen grundsätzlich ausgeschlossen [ist].

Telegramm-Verkehr: nur insofern von Bedeutung als Übertragung von Guthaben erfolgen könnte (zu regeln mit der Frage der Devisen).

Postpaketverkehr: jeder Verkehr müßte sistiert werden (Ausnahme müßte gemacht werden bezüglich Lebensmittelverkehr).

Eisenbahngüterverkehr: nach gleichen Grundsätzen: ausgenommen offen (lose) verladene Güter (Kohle). Beförderung von verpackten Gütern müßte aber unbedingt sistiert werden. Die Lebensmittel müßten dann eingehend durchsucht werden. Es müßten aber 8 Tage Zeit sein.

Reisendenverkehr: sehr schwierig zu lösen. Die Zulassung des Einreisens müßte an die Beibringung von Pässen gebunden werden. Unsere Vertretungsbehörden müßten angewiesen werden, solche Pässe nur in Fällen äußerster Dringlichkeit auszufertigen. Dadurch [könnte der Reiseverkehr] auf ein Minimum gedrosselt werden und dieses müßte der rücksichtslosesten Visitation unterzogen werden.

Curriere [würden] mit Ausnahme des eigentlichen Valise-Gepäcks nichts mitführen dürfen.

Straßenverkehr: Überwachung unbedingt notwendig. Controllorgane verlässlicher Natur stehen uns genügend zu Gebote.

Vorschlag: Fliegender Kontrolldienst (von der Sachdemobilisierung Automobile zur Verfügung stellen), Netz spannen. Binnen 48 Stunden könnten diese Kontrollmodalitäten aktiviert werden.

Riedl: Diese Sperrmaßnahmen sind von den Tschechoslowaken ohnehin in Aussicht genommen. Die Gefahr können wir nicht bannen, wenn wir nicht abstempeln. Wir bleiben dann nur beisammen mit den Ungarn, Rumänen, Polen, Ukrainern in einer intimen Währungsgemeinschaft. Das Ergebnis wird sein, daß eine gewisse Zahl von Noten unabgestempelt im Ausland bleibt. Das Ausland wird sich für den finanziellen Ausgleich

auf dem Boden der Teilstaaten interessieren und dadurch ein Ausgleich eingeleitet werden. Es handelt sich ja bei diesen Noten um eine Staatsschuld, weil die Noten, von geringen Quantitäten abgesehen, zum größten Teil auf Staatsschuldverschreibungen basiert sind. Das Ausland wird somit zum Schutz seiner Kronen vor die Notwendigkeit gestellt werden, einzugreifen. Es ist daher für uns sehr wünschenswert, daß sich das Ausland mit diesem Problem befaßt.

Was die Störung des Verkehrs anlangt, so wird sie von den Tschechoslowaken gemacht, der Erfolg wird also auch ohne unser Zutun ~~einzutreten~~ eintreten.

Schwieriger ist die Frage des Coupons, in welcher Währung werden die Coupons zu zahlen sein? Vielleicht ist der einzige Ausweg entweder die Bekehrung des Coupons oder die Zahlung in einem eigens zu schaffenden ...

Trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren haben wir keine andere Wahl als mit der Maßnahme vorzugehen. Nach den Ausführungen Thaas wäre es notwendig, mit dem Aufdruck sofort vorzugehen.

Frage der Guthaben bei den Banken: im Wege der Übertragung des Guthabens von Banken oder Auswechslung von Noten?

Notwendigkeit der Sperrung von Effekentransaktionen mit den anderen Staaten (Effektenexport muß also solange gesperrt werden bis die Abstempelung durchgeführt ist).

Licht: Es ist die Frage, ob das Publikum ein Interesse hat, Noten nach der Tschechoslowakei zu schicken oder hier zu behalten. Ich glaube, daß das Interesse dahin geht, Geld nach der Tschechoslowakei zu schicken.

Gebühr muß eingehoben werden, man darf nicht differenziert werden gegenüber den Tschechoslowaken (womöglich noch um etwas höher wie in der Tschechoslowakei).

Also

1) Gebühr in der gleichen Höhe wie Tschechoslowakei,

2) Bei den Sperrmaßnahmen soll man nur das Notwendige machen, da voraussichtlich mehr nach der Tschechoslowakei gehen wird wie zu uns. Und damit die Bevölkerung nicht zu sehr eingeengt wird.

Coupons: mit der größten Vorsicht müßten wir vorgehen. Besitz von Renten und Krieganleihen müßten geradezu katastriert werden. Bei den Schwierigkeiten aber müßte man wohl am 1. /3. einlösen.

Bauer: Über die Notwendigkeit besteht kein Zweifel mehr nach den gehörten Ausführungen. Das Wesentliche scheint mir die Schnelligkeit. Das Bedürfnis, Noten aus dem Ausland hereinzubringen ist schon - infolge der jüngsten Zeitungsnachrichten ein lebhafter Verkehr besteht. Höchst bedenkliche Sache, daß ~~jeden~~ ein Tag nach dem anderen verloren geht. Wir müssen so vorbereitet [sein], daß wir sofort handeln können. Auch die Grenzabsperungsmaßnahmen werden nicht ganz möglich sein. Also das Tempo ungemein zu beschleunigen.

Coupons: Wir müssen natürlich anstreben die Zahlung, aber nur für den nationalisierten Teil der Krieganleihe. Schon von allem abgesehen dürfen wir aus währungspolitischen Konsequenzen nicht alles selbst zahlen. Wie soll man das technisch machen? ~~Das kommt an~~ - Eine Abstempelung der Krieganleihe wäre nicht ratsam. Wohl aber könnte der Staat erklären, daß er vom März an bloß zahlt die Coupons für diejenigen Titres, welche hinterlegt sind bei den vom Staat aufgezählten Banken und Sparkassen. Man hätte eine Übersicht, wie viel an Krieganleihe sich in unserem Gebiete befindet. Man würde den Banken und Sparkassen den Coupon-Dienst bezahlen. Wenn die Kontrolle hinreichend wirksam ist, wäre es eine Absonderung unseres Krieganleihe-Blocks von den anderen. Wenn das unter einem geschehen könnte (gleichzeitig mit der Abstempelung), so wäre damit das Coupon-Problem gelöst soweit es möglich ist.

Man könnte nun sagen, daß wir anerkennen die Kriegsanleihe, die sich bei uns befindet, während wir doch auf dem Standpunkt stehen, daß verhältnismäßig zu zahlen ist. Damit würden wir allerdings preisgeben Deutschböhmen und Sudetenland (aber nur wirtschaftlich, nicht politisch).

Es scheint mir ebenso dringlich, eine Vollzugsanweisung, in der die juristischen Konsequenzen dargelegt sind (dazu gehört die Frage der Guthabensübertragung).

Was die Gebühr anbelangt, so finde ich es nicht für unbedenklich, weil das Wichtigste das Tempo ist. Dazu [kommt], daß die Gebühr auf einem Gesetz beruhen muß.

Grenzsperre: da muß man differenzieren. Die Grenzsperre gegenüber Schweiz und gegenüber Ungarn ist das Wichtigste. Die Ungarn werden unsere Kronen für besser gehalten wie die ungarischen.

Im Ausland herrscht eine große Beunruhigung. [Der] Schweizerische und holländische Gesandte waren schon bei mir. Ich habe gesagt, daß wir diese Schuld gewiß anerkennen werden, aber nur als eine gemeinsame Schuld der alten Monarchie. Die anderen sollen trachten durchzusetzen, daß die anderen ebenso übernehmen wie wir. Ich glaube also, daß man eine außenpolitische Aktion in dieser Hinsicht (inf.[orm] eines Protestes unter Hinweis auf die tschechoslowakische Aktion, die uns zwingt, dasselbe zu tun).

Gemeinschaft mit Ungarn wäre zu perhorresz.[ieren] da Ungarn schlechter dran ist wie wir.

Steinwender: Die Vorbereitungen sind mit Erfolg eingeleitet worden. Das Weitere muß man sich überlegen. Wir würden die ganze Grundlage preisgeben wenn wir alles so durchführen. Wenn wir Coupons nur für Deutsch-Österreich auszahlen, bringen wir in unsere Politik einen Riß. Ca. 150 Millionen, auf 70 Millionen Kronen kommt es uns nicht mehr an. Fraglich, ob die Getreideimporte kommen; die Zufuhr von Kohle wird unterbunden. Mit Ungarn muß man reden. Maßgebend: Konferenz mit den Vertretern der Wiener Banken. Der Beirat ist mir nicht maßgebend. Das mit den Banken kann morgen geschehen.

Bittet, daß mit einem Vertreter Ungarns gesprochen wird und mit Vertretern der hiesigen Banken. Vielleicht ist diese Katastrophe zu vermeiden.

Thaa: Deutschböhmen: Ich weiß nicht, ob nicht vielleicht die ungeklärte Frage, wohin Deutschböhmen kommt, ein Grund ist, mit dieser Sache noch zu zögern für Rašin.

Was unser Verhältnis zu Deutschböhmen betrifft, glaube ich, würde eine Nicht-Zahlung in Deutschböhmen wirklich eine Katastrophe eintreten. Die Unternehmer würden zugrunde gehen. Wir haben schon in der bisherigen gemeinschaftlichen Gebarung - haben wir schon so viele Vorschüsse geleistet, daß man es sich sehr überlegen müßte, diese Gebarung abzurechnen.

Die Leistung des Coupon-Dienstes nur für deutsch-österreichische [Staatsangehörige] ist technisch mit den größten Schwierigkeiten verbunden.

Bezüglich Sperrmaßnahmen: wichtiger als die Grenzsperre ist das Verbot der Einfuhr von Noten und Coupons und des Überweisungsverkehrs, auch [des] Verkaufs von Effekten nach dem tschechoslowakischen Gebiet. Diesfalls sind schon Bestimmungen vorbereitet; [sie] werden nur noch mit den Banken näher durchbesprochen werden.

Die Feststellung des Umlaufes, welche wir erzielen während der Abstempelfrist ist durchaus nicht mit unserem Umlauf an Banknoten zu verwechseln [da] die ganzen Beträge, welche unsere Firmen (Banken) auf Girokonten haben, der Abstempelung zugezählt werden müssen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß ein Umlauf von 7½ Milliarden in Kassenscheinen vorhanden ist: wenn diese eingelöst werden, müssen die Banken gestempelte Banknoten herausgeben. Auch jede weitere Lombardierung von

Kriegsanleihen wird belasten den deutsch-österreichischen Staat, da er in deutsch-österreichischen Noten zahlen wird.

Frage der Einhebung einer Gebühr würde die Durchführung der Maßnahme sehr verzögern. [Es] wird notwendig sein, auf dem Gesetzgebungsweg festzustellen, auf welchem Standpunkt die Staatsverwaltung steht (ob Wohnsitz des Gläubigers oder des Schuldners entscheidend ist).

Coupons: ~~Das gros der Coupons wird bei den~~ - . Frage es ist äußerst schwierig, die Nationalität hier festzustellen. Wenn die große Masse unserer Staatsschuld in Betracht gezogen wird und [man sie] unter Kontrolle nehmen würde, wäre es besser, dies zu unterlassen, zumal die Quote die nicht auf Deutsch-Österreich und Deutsch-Böhmen fällt ... Deutsch-Böhmen im Stich zu lassen wäre wirtschaftlich sehr bedenklich.

Mit Herren von den Großbanken hat Redner schon geheime Zusammenkünfte gehabt. Zuerst weit auseinander, dann [hat sich die] Meinung herausgeschält, daß man zur Abstempelung schreitet

Eine Besprechung mit Ungarn: aus Courtoise-Rücksichten, aber nicht beeilen damit.

Marckhl: Jause.

Urban: Ob es nicht möglich wäre, die Kriegsanleihe zu naturalisieren. Diese Sache ist ungeheuer schwierig. Staatsamt für Finanzen soll sich mit dieser Sache befassen.

Cabinettsrat einverstanden, daß nächsten Samstag -.

Bauer: ~~Möglichst andere Fragen~~ - Tagesordnung der nächsten Sitzung: Bericht über die Enquete.

Thaa: Gewisse Sperrmaßnahmen schon Samstag zu verlautbaren (Überweisungsverkehr, Noten - und Effektenverkehr in jenem Umfang einzuschränken und zu unterbinden, in welchem [es die] Tschechoslowakei schon gemacht hat, darüber nicht hinausgehen).

Eine Vollzugsanweisung, welche die Grenzsperrre betrifft (der Entwurf wäre abzuändern).

Titel eines Senatspräsidenten: Dr. Schwarz, Dr. Kunst.